

Fragen der Seebrücke Heidelberg an die Europakandidat*innen:

1. Welche konkreten Schritte werden Sie unternehmen, um die Zivilen Seenotretter*innen vor Kriminalisierung zu schützen?
2. Was werden Sie tun, um Italien und Griechenland bei der Aufnahme und Versorgung geflüchteter Menschen zu unterstützen?
3. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Städte, die sich zur Aufnahme aus Seenot geretteter Menschen bereit erklärt haben, die Möglichkeit zur Aufnahme bekommen?
4. Was halten Sie von der Zusammenarbeit mit der sogenannten Libyschen Küstenwache, die widerrechtlich und lebensgefährlich Menschen aus internationalen Gewässern zurück in Folterlager verschleppt?
5. Wie wollen Sie in Zukunft verhindern, dass jedem Seenotrettungsschiff erst nach wochenlangen Verhandlungen ein sicherer Hafen zugewiesen wird?
6. Was werden Sie unternehmen, um ein Europäisches Seenotrettungsprogramm auf den Weg zu bringen?
7. Was ist Ihrer Meinung nach richtige Weg, das Sterbenlassen an der Europäischen Außengrenze zu beenden?

XX

Erste Antwort: DIE LINKE (Claudia Haydt, Sarah Mirow)

Lieber Herr Haas,

herzlichen Dank für Ihre Fragen und Ihr Engagement.
Hier finden Sie die Antworten von Sahra Mirow und mir.
Mit freundlichen Grüßen
Claudia Haydt

1. Welche konkreten Schritte werden Sie unternehmen, um die Zivilen Seenotretter*innen vor Kriminalisierung zu schützen?

DIE LINKE spricht sich immer wieder öffentlich gegen die unverantwortliche und zynische Kriminalisierung ziviler Seenotretter*innen aus. Natürlich ist das, was zivilgesellschaftliche Organisationen im Mittelmeer leisten, nicht strafbar, sondern im Gegenteil eine völkerrechtlich verankerte Pflicht und nur durch unglaubliches Engagement machbar! Wir setzen die Bundesregierung unter Druck, etwa durch parlamentarische Anfragen, das Vorgehen insbesondere der italienischen Regierung zu verurteilen und sich für die zivilen Seenotretter*innen einzusetzen und sie zu unterstützen. Das geschieht leider nur halbherzig, wenn überhaupt. Aus unserer Sicht ist klar: Das Sterben-Lassen der Menschen im Mittelmeer ist ein Verbrechen, und nicht, dass Menschenleben gerettet werden!

2. Was werden Sie tun, um Italien und Griechenland bei der Aufnahme und Versorgung geflüchteter Menschen zu unterstützen?

Beide Länder sind infolge des ungerechten Dublin-Systems strukturell mit der menschenwürdigen Aufnahme und Versorgung der Geflüchteten überfordert. Insbesondere Griechenland bzw. die dortige Bevölkerung leidet zudem sehr unter den desaströsen sozialen und ökonomischen Folgen der EU-Spardiktate. DIE LINKE setzt sich deshalb für eine Abschaffung des in jeglicher Hinsicht gescheiterten Dublin-Systems und für eine faire, solidarische Verantwortungsteilung innerhalb der EU ein. Das würde Länder wie Griechenland und Italien wirksam entlasten. Die berechtigten Wünsche und Interessen der Geflüchteten sowie bestehende Familienbande oder vorhandene Sprachkenntnisse usw. müssen bei der Wahl des Aufnahmelandes zentral berücksichtigt werden. Etwaige Ungleichverteilungen können auf finanzieller Ebene ausgeglichen und besonders aufnahmebereite Städte, Länder und Kommunen sollten durch EU-Mittel entsprechend unterstützt werden. Es muss Schluss sein mit der gewaltsamen Hin- und Her-Verbringung von Schutzsuchenden im Rahmen des geltenden Dublin-Systems!

3. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Städte, die sich zur Aufnahme aus Seenot geretteter Menschen bereit erklärt haben, die Möglichkeit zur Aufnahme bekommen?

DIE LINKE unterstützt diese lokalen Initiativen zur Aufnahme Geflüchteter und hat entsprechende Forderungen an die Bundesregierung und den Bundesinnenminister gerichtet. Im Bundestag wurde ein entsprechender Antrag eingebracht, der in Kürze debattiert werden wird (siehe: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/086/1908648.pdf>). Demnach soll die Bundesregierung ihr Einverständnis für entsprechende Aufnahmen nach geltendem Recht erklären, aber auch eine Rechtsgrundlage dafür schaffen, dass Städte und Kommunen Geflüchtete eigenverantwortlich aufnehmen können - dies ist derzeit noch nicht möglich. Wir wollen einen „Europäischen Fonds für Willkommenskommunen“, der Geflüchteten Bewegungsfreiheit sichert und zugleich aufnahmebereiten Kommunen und solidarischen Städten direkt hilft. Kommunen, die die Bedingungen für Willkommenskultur verbessern wollen, können damit Mittel für die Versorgung und Integration von Geflüchteten beantragen. Wenn sich Geflüchtete in einer Kommune niederlassen, kann die Gemeinde andererseits auf der Grundlage der Neumeldungen noch Investitionsmittel aus einem Fond beantragen. Diese Investitionsmittel können dann allgemein für die öffentliche Daseinsvorsorge genutzt werden.

4. Was halten Sie von der Zusammenarbeit mit der sogenannten Libyschen Küstenwache, die widerrechtlich und lebensgefährlich Menschen aus internationalen Gewässern zurück in Folterlager verschleppt?

Immer wieder verurteilen wir öffentlich diese Form der Zusammenarbeit als eine Politik der Menschenrechtsverletzung. Sehenden Auges werden aus Seenot gerettete Menschen durch die libysche so genannte "Küstenwache" zurück in unmenschliche Verhältnisse, in Haft, Folter, Vergewaltigung,

Sklavenarbeit und Tod gebracht. Das ist unerträglich und unverantwortlich, aber es geschieht quasi "im Namen" der EU. Während sich die EU formell an bindendes Völkerrecht hält, und Zurückschiebungen nach Libyen durch EU-Schiffen für unzulässig hält, wird diese Aufgabe auf die so genannte libysche "Küstenwache" übertragen - die zum Teil aus ehemaligen Bandenmitgliedern und Menschenhändlern besteht und sogar zivile Seenotrettungs-Schiffe bedroht. Die Kumpanei selbst mit diesen "Kräften" zeigt, wie moralisch heruntergekommen die EU ist, wenn es um die Realisierung der Abschottungspolitik und systematischen Auslagerung des Flüchtlingsschutzes geht. Die Verzahnung von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik, im Sinne des so genannten Grenzschutzes und der Migrationskontrolle, lehnen wir ab.

5. Wie wollen Sie in Zukunft verhindern, dass jedem Seenotrettungsschiff erst nach wochenlangen Verhandlungen ein sicherer Hafen zugewiesen wird?

Geltendes Völkerrecht muss ohne jede Einschränkung gelten, d.h. Gerettete sind unverzüglich in den nächsten sicheren Hafen zu bringen - in die EU. Dort müssen sie zunächst ankommen können und gegebenenfalls medizinisch versorgt werden. Die Weiterreise oder Weiterleitung in andere EU-Staaten, wenn die Betroffenen dies wollen, sollte unkompliziert und schnell ermöglicht werden - siehe hierzu unsere Forderungen nach einem grundlegend anderen EU-Asylsystem. Wir fordern, dass die Städte und Gemeinden in der ganzen EU ihre Häfen öffnen. Die Kommunen sollen außerdem selbst entscheiden dürfen, ob sie über die ihnen zugeteilten Kontingente hinaus weitere Geflüchtete aufnehmen.

6. Was werden Sie unternehmen, um ein Europäisches Seenotrettungsprogramm auf den Weg zu bringen?

Die Forderung nach einem Europäischen Seenotrettungsprogramm vertritt DIE LINKE seit Jahren. Die überaus verdienstvolle Arbeit der zivilen Seenotrettungs-Organisationen ist ja erst erforderlich geworden, weil diese genuin staatliche Aufgabe durch die EU nicht erfüllt wurde bzw. wird. Auch die EU-Mission EUNAVFOR-MED ("Sophia") hat bzw. hatte ja kein EU-Mandat zur Seenotrettung - dies erfolgte alleine aufgrund des geltenden internationalen Völker- und Seenotrettungsrechts. Der Flüchtlingsschutz und die Seenotrettung sind keine Aufgaben einzelner EU-Mitgliedstaaten, diese Aufgaben müssen gemeinsam, menschenrechtskonform und solidarisch gestemmt werden. In unserem Europawahlprogramm heißt es: „Frontex muss aufgelöst und durch ein ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm ersetzt werden.“

7. Was ist Ihrer Meinung nach richtige Weg, das Sterbenlassen an der Europäischen Außengrenze zu beenden?

Es braucht sichere und legale Einwanderungs- und Fluchtwege in die EU! Für Schutzsuchende müsste eine visumfreie Einreise oder die Erteilung "humanitärer Visa" möglich sein. Arbeitsmigrant*innen müssen eine reale

Chance auf legale Einwanderung erhalten - und zwar nicht nach den einseitigen ökonomischen Nützlichkeitsabwägungen der industrialisierten Aufnahmeländer.

XX

Zweite Antwort: SPD (Evelyn Gebhardt)

Sehr geehrte Damen und Herren der Seebrücke aus Heidelberg, sehr geehrter Herr Haas,

nachfolgend finden sie jeweils Ihre Frage und dann meine Antwort dazu.

1. Welche konkreten Schritte werden Sie unternehmen, um die Zivilen Seenotretter*innen vor Kriminalisierung zu schützen?

Um private Hilfsorganisationen zu unterstützen, hat unsere sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament Seenotrettungs-NGOs für den Sacharow-Preis nominiert, mit dem Menschenrechts-Verteidiger ausgezeichnet werden. Im Dezember 2018 haben die Organisationen zudem an einer Fraktionssitzung teilgenommen, um Such- und Rettungsfragen zu diskutieren. Darüber hinaus hat die sozialdemokratische Fraktion am selben Tag eine Pressekonferenz organisiert, um ihre Arbeit zu würdigen und das Bewusstsein für ihre Arbeit bei allen Abgeordneten des Europäischen Parlaments zu schärfen. Den SPD-Europaabgeordneten ist es neben mittel- und langfristigen Veränderungen zudem wichtig, auch in konkreten Situationen zu politischen Lösungen beizutragen. So flog beispielsweise Udo Bullmann, Vorsitzender unserer Fraktion, im Januar 2019 nach Sizilien, um eine politische Lösung für die Menschen an Bord der Sea-Watch 3 zu finden. Dem Schiff mit mehr als 40 Geretteten an Bord war tagelang kein sicherer Hafen zugewiesen worden. Auch der SPD-Europaabgeordnete Dietmar Köster reiste 2018 nach Malta um dort die Solidarität der Fraktion mit den Seenotrettungsorganisationen zum Ausdruck zu bringen. Ferner drängte unsere Fraktion im März 2019 darauf, Seenotrettungsorganisationen und die „Seebrücke“ im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) zu einer Anhörung einzuladen. Denn nur wenn es internationale Aufmerksamkeit zum Vorgehen einiger Mitglieder der Europäischen Union gibt, können die Seenotrettungsorganisationen und Seenotretter vor Kriminalisierung geschützt werden.

2. Was werden Sie tun, um Italien und Griechenland bei der Aufnahme und Versorgung geflüchteter Menschen zu unterstützen?

Zu den Werten der Europäischen Union gehört auch die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und den Menschen der Europäischen Union. Was bei Waldbränden in Schweden oder Portugal selbstverständlich ist, muss auch beim Umgang mit geflüchteten Menschen selbstverständlich sein: die Mitgliedstaaten müssen sich gegenseitig unterstützen und in den extremen Lagen helfen.

Daher setze ich mich dafür ein, dass der nächste mehrjährige Finanzrahmen mehr Mittel für Staaten in denen besonders viele geflüchtete Menschen an- und unterkommen, vorsieht. Darüber hinaus unterstützen wir Sozialdemokraten im Europäischen Parlament einen Umverteilungsmechanismus zwischen den Mitgliedstaaten, der den Aufwand der Unterbringung von geflüchteten Menschen zwischen den Staaten gerechter verteilt.

3. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Städte, die sich zur Aufnahme aus Seenot geretteter Menschen bereit erklärt haben, die Möglichkeit zur Aufnahme bekommen?

Um die europäischen Werte nicht nur zu einer leeren Worthülse werden zu lassen, müssen wir diejenigen Gemeinden, Städte und Regionen unterstützen, die aus Seenot gerettete und geflüchtete Menschen aufnehmen. Die SPD fordert deshalb die Einrichtung eines europäischen Entwicklungsfonds für Gemeinden und Städte, die Geflüchtete und aus Seenot gerettete aufnehmen. Dabei wäre vorstellbar, dass es einen Umverteilungsmechanismus für diese Menschen gibt, dass nicht einzelne Städte und Regionen, in denen die aus Seenot geretteten ankommen, überlastet werden. Der europäische Fonds würde dann die kommunal eingesetzten Mittel aufstocken und so zu einer Unterstützung dieser Städte und Gemeinden in der gesamten Europäischen Union beitragen.

4. Was halten Sie von der Zusammenarbeit mit der sogenannten Libyschen Küstenwache, die widerrechtlich und lebensgefährlich Menschen aus internationalen Gewässern zurück in Folterlager verschleppt?

Die erschütternden Auswirkungen der Externalisierung des Grenzschutzes, wie unter anderem in Libyen zu beobachten, sind ohne Frage inakzeptabel und unerträglich. Die Bedenken von uns SPD-Abgeordneten gegenüber der sogenannten libyschen Küstenwache sind bei weitem nicht ausgeräumt. Die Eskalation des Bürgerkrieges verschlechtert die Situation der Menschen vor Ort. Die Menschenrechte und internationales Recht müssen konsequent auf dem Mittelmeer und in Libyen, geachtet und umgesetzt werden, weswegen die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament diese Menschenrechtsverstöße verurteilt und die Schließung der Lager und Überprüfung der Zusammenarbeit forderte. Durch Kooperationen mit der Afrikanischen Union und den Herkunftsländern, ist es in der Vergangenheit gelungen, dass Migranten Libyen verlassen konnten. Gleichzeitig braucht es aber neben einer raschen Beendigung der Kampfhandlungen und internationaler Unterstützung für den Friedensprozess der Vereinten Nationen auch legale Migrationsmöglichkeiten in die Europäische Union sowie die Stärkung der Herkunftsländer, um Fluchtursachen zu bekämpfen.

5. Wie wollen sie in Zukunft verhindern, dass jedem Seenotrettungsschiff erst nach wochenlangen Verhandlungen ein sicherer Hafen zugewiesen wird?

Die Situation im Mittelmeerraum wäre nicht gegeben, wenn der Rat, in dem die Mitgliedstaaten vertreten sind, endlich seine Blockadehaltung beenden und sich über die neue Dublin-Verordnung einig würde. Das Europäische Parlament verabschiedete seine Position zum reformierten Dublin-System bereits im November 2017. Die neue Verordnung wäre deswegen ein wichtiger und progressiver Schritt nach vorne, weil die Reform einen solidarischen Verteilungsschlüssel beinhalten würde, der die EU-Staaten an den Außengrenzen entlastet und das Recht auf Asyl vollumfänglich gewährt. Das hätte auch zur Konsequenz, dass auch aus Seenot gerettete Menschen nicht mehr wochenlang auf See ausharren müssten, bis sich einer oder mehrere Staaten bereiterklären, sie aufzunehmen. Auch eine Ausweitung des EU Umsiedlungs-Programms und verbindliche Umsetzung der Kontingentziele in Kooperation mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) unterstützen wir. Denn das erlaubt die kontrollierte Aufnahme von Flüchtlingen und verbessert die Lebensumstände aller Schutzsuchender in den Flüchtlingslagern des UNHCR.

6. Was werden Sie unternehmen, um ein Europäisches Seenotrettungsprogramm auf den Weg zu bringen?

Wir europäischen Sozialdemokraten fordern deutlich, dass sich alle Mitgliedstaaten der EU ihrer humanitären Verantwortung stellen und flüchtenden Menschen in Not Schutz und Zuflucht bieten. Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht, das es zu bewahren gilt. Die derzeitige Situation im Mittelmeerraum ist deshalb absolut inakzeptabel, auch mit Blick auf die Entscheidung der Mitgliedstaaten, Operation Sophia die Möglichkeit zu nehmen, Schiffbrüchige zu retten und den Bürgerkrieg in Libyen. Wehrlose und schutzbedürftige Menschen erfahren so zusätzliches, unsägliches Leid. In der Europäischen Union müssen die Mitgliedstaaten in die Pflicht genommen werden und eine leistungsfähige Seenotrettung, einschließlich Aufnahme von Menschen in allen Ländern der EU, bereitstellen. Hierfür braucht es eine stärkere Koordinierung der Seenotrettung durch die Europäische Union und zeitgleich eine stärkere technische, finanzielle und personelle Unterstützung durch die Mitgliedstaaten.

7. Was ist der Ihrer Meinung nach richtige Weg, das Sterbenlassen an der Europäischen Außengrenze zu beenden?

Wir Sozialdemokraten fordern legale Migrationsmöglichkeiten für Menschen die in die Europäische Union möchten. Dies könnte zum Beispiel über humanitäre Visa oder andere Mittel geschehen, die es den Menschen ermöglichen über herkömmliche Wege in die EU einzureisen und nicht mit untauglichen Booten durch Schlepperbanden über das Mittelmeer. Gleichzeitig müssen die EU-Außengrenzen gestärkt werden um so den Druck auf ebendiese Schlepperbanden zu erhöhen und die Grundlage ihres Geschäfts zu behindern. Dies sollte auch in den Herkunftsländern geschehen, wobei dort Aufklärungskampagnen vorstellbar sind, die Wege

für die legale Migration und Arbeitsaufnahme in Europa vermitteln. Denn hier herrschen leider viel zu oft falsche Vorstellungen über die rechtliche Lage von Asylsuchenden in der Europäischen Union. Gleichzeitig müssen die Herkunftsländer gestärkt werden und Fluchtursachen dort bekämpft werden. Eine faire Handels-, Agrar- und Fischereipolitik der Europäischen Union, könnte dazu beitragen, dass die Menschen ihre Heimatländer gar nicht mehr verlassen müssen. Die europäischen Sozialdemokraten sehen humanitäre Hilfe und Verteidigung der Menschenrechte weiterhin als Priorität an. Ein Europa, das immer wieder von sich behauptet, sich auf Solidarität und Menschenrechte zu gründen, darf keine Menschen ertrinken lassen und muss dafür sorgen, dass Fluchtursachen durch die Stärkung der Herkunftsländer bekämpft werden.

Mit freundlichen Grüßen

Evelyne Gebhardt

Evelyne Gebhardt
Vizepräsidentin des Europäischen Parlamentes

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60
B-1047 Brüssel

XX
Das Anschreiben der Seebrücke Heidelberg an die Europakandidat*innen:

Sehr geehrte

Als Seebrücke Heidelberg sind wir überzeugt davon, dass Menschen auf dem Mittelmeer sterben zu lassen, um die Abschottung Europas weiter voranzubringen und politische Machtkämpfe auszutragen, unerträglich ist und gegen jegliche Humanität spricht. Migration ist und war schon immer Teil unserer Gesellschaft! Statt dass die Grenzen dicht gemacht werden, brauchen wir ein offenes Europa, solidarische Städte und sichere Häfen.

Deshalb haben wir an Sie, als Kandidat*in für das Europaparlament folgende Fragen, um deren begründete Beantwortung wir zur Wahlentscheidung bitten. Beachten Sie bitte, dass wir uns vorbehalten Ihre Antworten - auch in Auszügen - zu veröffentlichen.

1. Welche konkreten Schritte werden Sie unternehmen, um die Zivilen Seenetretter*innen vor Kriminalisierung zu schützen?
2. Was werden Sie tun, um Italien und Griechenland bei der Aufnahme

und Versorgung geflüchteter Menschen zu unterstützen?

3. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Städte, die sich zur Aufnahme aus Seenot geretteter Menschen bereit erklärt haben, die Möglichkeit zur Aufnahme bekommen?

4. Was halten Sie von der Zusammenarbeit mit der sogenannten Libyschen Küstenwache, die widerrechtlich und lebensgefährlich Menschen aus internationalen Gewässern zurück in Folterlager verschleppt?

5. Wie wollen sie in Zukunft verhindern, dass jedem Seenotrettungsschiff erst nach wochenlangen Verhandlungen ein sicherer Hafen zugewiesen wird?

6. Was werden sie unternehmen, um ein Europäisches Seenotrettungsprogramm auf den Weg zu bringen?

7. Was ist der ihrer Meinung nach richtige Weg, das Sterbenlassen an der europäischen Außengrenze zu beenden?

Mit freundlichen Grüßen,
im Namen der Seebrücke Heidelberg,
Hannes Haas